Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 27.11.2013

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 22:06 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtratesvorsitzende: Frau Pelke Schriftführer/in:

Tagesordnung:

l.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verpflichtung von Stadtratsmitgliedern	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.1.	Stadteingang Gothaer Platz / Brühl	1893/13
4.2.	Denkmalliste der Landeshauptstadt Erfurt	1977/13
4.3.	Streaming Stadtrat	1978/13
4.4.	Parkplatz Borngasse	2124/13
4.5.	Gefahr durch Drogen	2134/13

4.6.	Bürgerbeteiligungshaushalt	2190/13
4.7.	Petersberg	2194/13
4.8.	Fitnessbereich Roland-Matthes-Schwimmhalle	2196/13
5.	Genehmigung von Niederschriften	
5.1.	aus der Stadtratssitzung vom 11.09.2013	
5.2.	aus der Stadtratssitzung vom 12.09.2013	
5.3.	aus der Stadtratssitzung vom 09.10.2013	
6.	Aktuelle Stunde	
7.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
7.1.	Dringliche Anfragen	
7.1.1.	Dringliche Anfrage - Alte Zahnklinik entwickeln Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	2283/13
7.1.2.	Dringliche Anfrage - Umsetzung Maßnahmeplan Radver- kehr Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.	2297/13
7.1.3.	Dringliche Anfrage - Reinigung Mühlgraben Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.	2298/13
7.1.4.	Dringliche Anfrage - Beräumung des Mühlgrabens in Erfurt-Hochheim Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	2317/13
7.2.	Anfragen	
7.2.1.	Realisierung der Kontrollen im bewirtschaften Parkie- rungsbereich Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD	2161/13
7.2.2.	Wärmestuben für Obdachlose Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2113/13

7.2.3.	Kosten und Einnahmen durch Geschwindigkeitskontrollen	2156/13
	Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	
7.2.4.	Barrierefreie Straßenbahnhaltestellen Fragestellerin: Frau Hentsch, Fraktion CDU	2165/13
7.2.5.	Verkehrssicherheit im Bereich der Bukarester Straße Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	2234/13
7.2.6.	Zur Zukunft des Monumentalwandbildes von Erich Enge in Erfurt Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.	1953/13
7.2.7.	Umsetzung der Revision nach § 46 Abs. 6 und 7 SGB II Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	2214/13
7.2.8.	Maßnahmen zum Parkplatzkonzept für Fahrräder Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	2258/13
7.2.9.	Ausschreibung Strombezug Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2260/13
7.2.10.	Haushaltsmittel für Umweltverbände Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2263/13
7.2.11.	Zustand des Lutherdenkmals Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wäh- ler	2246/13
7.2.12.	Straßenrückbau Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler	2248/13
7.2.13.	Projekte bzw. Finanzierungen durch die KOWO Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler	2255/13
7.2.14.	Grundstücke am IGA-Blick Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler	2256/13
7.2.15.	Veräußerung der Anteile am Gasversorger Verbundnetz Gas AG (VNG) durch die Stadtwerke Erfurt GmbH Fragesteller: Herr Rudovsky, fraktionslos	2235/13

7.2.16.	Ablauf der Beratungen zur Haushaltssatzung 2014 und zum Haushaltsplan 2014 Fragesteller: Herr Kemmerich, fraktionslos	2237/13
7.2.17.	Grund der Rücknahme einer Objektausschreibung Fragesteller: Herr Haß, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz	1955/13
7.2.18.	Realisierung des Abwasserkonzeptes in Azmannsdorf Fragesteller: Herr Wenzel, Ortsteilbürgermeister Az- mannsdorf	2147/13
8.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbetriebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1036/12
9.2.	2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung Einr.: Oberbürgermeister	0380/13
9.2.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	1938/13
9.2.2.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebüh- rensatzung	2321/13
9.2.3.	Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	2116/13
9.2.4.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 26.09.2013 - TOP 4.1.+4.1.1 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (DS 0380/13+1575/13)	1811/13
9.2.5.	Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	1888/13
9.2.6.	Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	1892/13

9.3.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0573/13
9.4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Kaisersaal Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0576/13
9.5.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0577/13
9.6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0580/13
9.7.	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Thüringer Zooparkes Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1303/13
9.8.	Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen Stufe 2 - Billigung der Ergebnisse der Abwägung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	1350/13
9.9.	Tantiemen abschaffen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1498/13
9.9.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1498/13 - Tantiemen abschaffen	2207/13
9.9.2.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1498/13 - Tantiemen abschaffen	2318/13
9.10.	Machbarkeitsstudie Defensionskaserne Einr.: Oberbürgermeister	1526/13
9.11.	Satzung über die Durchführung einer Befragung zur Erstellung eines Lebenslagenberichtes von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1557/13

9.12.	Kreditaufnahme 2013 Einr.: Oberbürgermeister	1693/13
9.12.1.	Antrag der Verwaltung zur DS 1693/13 - Kreditaufnahme 2013	2280/13
9.13.	Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur Kinder- und Jugendförderung 2013 in den Erfurter Sport- vereinen Einr.: Oberbürgermeister	1755/13
9.14.	Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur Übungsleiterförderung 2013 in den Erfurter Sportverei- nen Einr.: Oberbürgermeister	1765/13
9.15.	Flächen für Grasmahd und Heugewinnung Einr.: Fraktion Freie Wähler	1769/13
9.15.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1769/13 - Flächen für Grasmahd und Heugewinnung	2184/13
9.16.	Standortprüfung für die Errichtung eines Reisemobilha- fens in Erfurt Einr.: Fraktion CDU	1781/13
9.17.	Flächenentsiegelung im Stadtgebiet Einr.: Fraktion SPD	1782/13
9.17.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1782/13 - Flächenentsiegelung im Stadtgebiet	2309/13
9.18.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister	1845/13
9.19.	Stellungnahme der Landeshauptstadt Erfurt zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsprogramms 2025 Einr.: Oberbürgermeister	1898/13
9.20.	2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haus- halt 2013 Einr.: Oberbürgermeister	1956/13

9.21.	Juryverfahren Multifunktionsarena Einr.: Oberbürgermeister	1959/13
9.22.	Neubesetzung und Stellvertretung in den Ausschüssen Einr.: Fraktion SPD	1990/13
9.23.	Abberufung und Bestellung der Aufsichtsräte SWE Stadtwirtschaft GmbH und SWE Netz GmbH Einr.: Fraktion SPD	1993/13
9.24.	Mandatswechsel im Jugendhilfeausschuss Einr.: Fraktion CDU	2083/13
9.25.	Evangelischer Schulstandort - Lutherschule Einr.: Fraktion CDU	2086/13
9.25.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2086/13 - Evangelischer Schulstandort - Luther- schule	2320/13
9.26.	Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Ausschüssen Einr.: Fraktion CDU	2097/13
9.27.	Neubenennung eines Aufsichtsratsmitgliedes für SWE Bäder GmbH Einr.: Fraktion CDU	2099/13
9.28.	Neubenennung eines Aufsichtsratsmitgliedes Kaisersaal Erfurt GmbH Einr.: Fraktion CDU	2100/13
9.29.	Bestellung eines Stiftungsratsmitgliedes der Stiftung Deutsches Gartenbaumuseum Einr.: Fraktion CDU	2101/13
9.30.	Schenkungsvertrag Renau-Mosaik Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2143/13
9.31.	Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen Einr.: Fraktion SPD	2181/13
9.31.1.	Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2181/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen	2313/13

9.32.	Freier Eintritt für Gästeführer Einr.: Fraktion Freie Wähler, Fraktion CDU	2188/13
9.33.	Wahl Stellvertreter(-in) für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2195/13
9.34.	Besuch bei der Bundeswehr Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2198/13
10.	Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 48. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste. Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Aus Anlass des Ablebens des Stadtratsmitgliedes und ehrenamtlichen Beigeordneten Manfred Wohlgefahrt wurde eine Schweigeminute eingelegt.

Danach gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienstsstelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.

Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben, so Frau Pelke.

Sie fragte daraufhin, ob ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Somit gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 die Zustimmung erteilt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Es erging folgender Hinweis:

Der Stadtrat hat mit Beschluss zur Drucksache 1137/12 u. a. beschlossen, die Stadtratssitzungen und deren Live- Übertragungen durch den Einsatz von Gebärdendolmetschern zu übersetzen. Der Hauptausschuss hat darauf beschlossen, die Stadtratssitzungen im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention mit Gebärdendolmetschern zu übersetzen und via Live-Stream im Internet zu übertragen.

Daraufhin begrüßte die Stadtratsvorsitzende die heute erstmals zum Einsatz kommenden Gebärdendolmetscher und fuhr mit der Sitzungsleitung fort.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Widerspruch erhob sich nicht. Zu diesem Zeitpunkt waren 38 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Im Anschluss wurden den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten nachträglich gratuliert.

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass vorgesehen sei, die Pause in der Zeit vom 18:00 bis 19:00 stattfinden zu lassen, damit allen Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit eingeräumt wird, an der feierlichen Entzündung des ersten Lichts am Chanukka-Leuchter vor dem Rathaus teilzunehmen.

2. Verpflichtung von Stadtratsmitgliedern

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stadtratsmitglieder nach § 24 (2) Satz 1 Thür-KO in der ersten nach ihrer Wahl stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten mit Handschlag durch den Oberbürgermeister verpflichtet werden. Ein Stadtratsmitglied, das diese Verpflichtung verweigert, verliert sein Amt nach § 24 (2) Satz 2 ThürKO.

Daraufhin bat die Stadtratsvorsitzende Herrn Uwe Richter, Fraktion CDU, zur Verpflichtung nach vorne zum Rednerpult.

Der Oberbürgermeister verlas, nachdem sich alle von ihren Plätzen erhoben haben, die Verpflichtungsformel:

"Ich werde meine Pflichten als Stadtratsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze wahren." Herr Richter verpflichtete sich gemäß § 24 (2) ThürKO.

Ihm wurde alles Gute und viel Erfolg bei seiner Stadtratstätigkeit gewünscht.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Vertagt werden folgende Tagesordnungspunkte:

- TOP 9.10 Drucksache 1526/13 Machbarkeitsstudie Defensionskaserne, Einreicher: Oberbürgermeister, wird auf Antrag des Oberbürgermeisters von der Behandlung in der Stadtratssitzung vertagt und zur Vorberatung in den Kulturausschuss verwiesen.
- TOP 9.16 Drucksache 1781/13 Standortprüfung für die Errichtung eines Reisemobilhafens in Erfurt, Einreicher: Fraktion CDU. Die Drucksache wird auf Antrag der einreichenden Fraktion CDU von der Behandlung in der Stadtratssitzung vertagt und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.
- TOP 9.17 Drucksache 1782/13 Flächenentsiegelung im Stadtgebiet, Einreicher: Fraktion SPD, wird auf Antrag der einreichenden Fraktion vertagt.
- TOP 9.30 Drucksache 2143/13 Schenkungsvertrag Renau-Mosaik, Einreicher: Fraktion DIE LINKE. Die Drucksache wird auf Antrag der einreichenden Fraktion DIE LINKE. auf die nächste Stadtratssitzung am 18.12.2013 vertagt.
- TOP 9.32 Drucksache 2188/13 Freier Eintritt für Gästeführer, Einreicher: Fraktion Freie Wähler und Fraktion CDU. Die Drucksache wird auf Antrag der einreichenden Fraktionen zur Behandlung in der Stadtratssitzung am 18.12.2013 vertagt.

Vorgezogen werden die

- TOP 9.24 Drucksache 2083/13 Mandatswechsel im Jugendhilfeausschuss, Einreicher: Fraktion CDU und
- TOP 9.33 Drucksache 2195/13 Wahl Stellvertreter(-in) für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Wahlen werden vor der Pause durchgeführt.

Weiterhin wurde signalisiert, dass zu folgenden Tagesordnungspunkten kein Redebedarf besteht:

- TOP 9.1 Drucksache 1036/12 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbetriebes Theater Erfurt, Einreicher: Oberbürgermeister,
- TOP 9.3 Drucksache 0573/13 Feststellung es Jahresabschlusses 2012 der Erfurter Bahn GmbH, Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.4 Drucksache 0576/13 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Kaisersaal Erfurt GmbH, Einreicher: Oberbürgermeister

- TOP 9.5 Drucksache 0577/13 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.6 Drucksache 0580/13 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt, Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.7 Drucksache 1303/13 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt, Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.11 Drucksache 1557/13 Satzung über die Durchführung einer Befragung zur Erstellung eines Lebenslagenberichtes von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in der Landeshauptstadt Erfurt, Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.13 Drucksache 1755/13 Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur Kinder- und Jugendförderung 2013 in den Erfurter Sportvereinen, Einreicher: Oberbürgermeister
- TOP 9.14 Drucksache 1765/13 Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur Übungsleiterförderung 2013 in den Erfurter Sportvereinen, Einreicher: Oberbürgermeister und
- TOP 9.18 Drucksache 1845/13 Grundstücksverkehr öffentliche Ausschreibung von Grundstücken, Einreicher: Oberbürgermeister.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass dann jeweils nur der Tagesordnungspunkt aufgerufen und sofort abgestimmt wird.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass acht Einwohneranfragen vorliegen. Sie verwies auf die Geschäftsordnung. Danach sind zwei Nachfragen möglich und die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse bei Hinweisen der Stadtratsmitglieder durch die Stadtratsvorsitzende.

Der Fragesteller gab nachfolgende Erklärung ab, welche auch schriftlich

4.1. Stadteingang Gothaer Platz / Brühl

1893/13

2327/13	nachgereicht wurde und somit ausführlich wiedergegeben wird:
	"Sehr geehrter Herr Bausewein,
	vielen Dank für ihr ausführliches Antwortschreiben vom 20.11. d. J. Im Rahmen der eingeräumten 2 Sachfragen möchte ich auf einen nicht nur in Erfurt und immer wiederkehrenden Widerspruch im Zusammenhang mit der Frischluftführung hinweisen und gleichzeitig darum bitten, meine diesbezügliche Frage aufzuklären.

DS

Von frischer, kühler Luft kann nur dann gesprochen werden, wenn diese nicht über versiegelte Straßenanlagen und Hausdächer ins Stadtzentrum geleitet werden kann. Im vorliegenden Fall soll aber, wie aus Ihrer 3. Antwort ganz klar hervorgeht, der Gothaer Platz "stadträumlich wieder gefasst werden und zugleich ein neuer repräsentativer Stadteingang geschaffen" werden. Meine Frage und Bitte lautet stark pointiert, mit welchen stadtbaukünstlerischen Mitteln beabsichtigen Sie sowohl die hochbauliche Lösung als auch die Frischluftführung zu gewährleisten, wenn gleichzeitig "für die Entwicklung bewusst ein städtisches Raumkonzept gewählt" werden soll? Zumal wie Sie unter 1. schreiben, "dass hier umfangreiche Begrünungsmaßnahmen geplant werden, (und) diese vorrangig ... auf privaten Flächen vorgesehen (sind)". Ergo, kann es sich doch nur um eine mehrgeschossige Wohnbebauung handeln? Oder wird dabei auch an eine repräsentative Gartenanlage mit Wasserspielen und vielen Bäumen gedacht -vielleicht in Erinnerung an das ehemalige Cyriaksbad gleich neben dem Bergstrom, das im bürgerlichen Erfurt sehr beliebt war?

Frischluft steht den Bürgern kostenlos zur Verfügung, sie kostet nichts, ist sie aber auch wertlos? Die Luftzuführung über Privatgelände ist insofern äußerst riskant. Die Luftzirkulation in einer Stadt sollte m. E. ebenso wie die Gewässerführung in der Hand der Stadtverwaltung bleiben.

Mit der Aufzeichnung meiner Nachfrage bin ich einverstanden."

Auf Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wurde die Drucksache 1893/13 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen. Der Oberbürgermeister sicherte eine Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen zur Ausschusssitzung zu.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.2. Denkmalliste der Landeshauptstadt Erfurt

1977/13

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4.3. Streaming Stadtrat

1978/13

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4.4. Parkplatz Borngasse

2124/13

DS 2328/13

Die Vertreterin des Fragestellers bedankte sich für die Antwort. Sie bat um eingehende Prüfung der Verkehrssituation im gesamten Bereich. Insbesondere sei durch die Anwohner festgestellt worden, dass sich die Fahrzeugführer oft nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeit halten würden. Weiterhin wurde Folgendes festgestellt:

- der Zebrastreifen an der Ecke zur Meister-Eckehart-Straße wurde entfernt, die Verkehrsberuhigte Zone nach vorne gezogen
- auf beiden Seiten der Straße parken Fahrzeuge
- die Querung der Barfüßerstraße und der Zugang zur Musikschule und zum Ratsgymnasium werden erschwert.

Der Oberbürgermeister sicherte eine erneute Prüfung des Sachverhaltes zu.

Auf Vorschlag von Herrn Metz, Fraktion SPD, und Herrn Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wurde die Drucksache 2124/13 in den Ausschuss für Bau und Verkehr verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.5. Gefahr durch Drogen

2134/13

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4.6. Bürgerbeteiligungshaushalt

2190/13

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4.7. Petersberg

2194/13

DS	Der Fragesteller verwies auf folgende Passage der Antwort des Oberbür-
2329/13	germeisters zu seiner Anfrage:
	"Abgesehen von einigen noch erforderlichen Baumaßnahmen … stellt der
	Rahmenplan darüber hinaus in sehr begrenztem Umfang und außerhalb
	der Plateauflächen bzw. der Kernfestung Möglichkeiten für eine arrondie-

rende Bebauung dar, die zu ihrer Konkretisierung und Umsetzung in jedem Fall eines regulären Bauleitplanverfahrens bedürfen."

Nach Ansicht des Fragestellers könne hier nur das Projekt"Andreasgärten" gemeint sein. Er bat um eine Antwort des Oberbürgermeisters in Bezug auf dieses Projekt anlog seiner Fragestellung bis zur nächsten Stadtratssitzung.

Der Oberbürgermeister sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Auf Vorschlag von Herrn Stampf, Fraktion Freie Wähler, wurde die Anfrage nebst der Stellungnahme der Verwaltung zu der Nachfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.8. Fitnessbereich Roland-Matthes-Schwimmhalle

2196/13

Der Fragesteller bedankte sich ausdrücklich bei der Fraktion DIE LINKE. Er sieht dem Verfahren zur Übernahme des Fitnesscenters durch einen privaten Betreiber positiv entgegen.

zur Kenntnis genommen

- 5. Genehmigung von Niederschriften
- 5.1. aus der Stadtratssitzung vom 11.09.2013

genehmigt Ja 35 Nein O Enthaltung 3 Befangen O

5.2. aus der Stadtratssitzung vom 12.09.2013

genehmigt Ja 32 Nein O Enthaltung 6 Befangen O

5.3. aus der Stadtratssitzung vom 09.10.2013

genehmigt Ja 34 Nein O Enthaltung 4 Befangen O

6. Aktuelle Stunde

Ein Antrag auf eine aktuelle Stunde wurde nicht gestellt.

7. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Vorschlag des Fragestellers in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

Die dringlichen Anfragen wurden danach einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

7.1. Dringliche Anfragen

Folgende dringliche Anfragen lagen vor.

7.1.1. Dringliche Anfrage - Alte Zahnklinik entwickeln 2283/13 Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 14 Nein 23 Enthaltung O Befangen O

7.1.2. Dringliche Anfrage - Umsetzung Maßnahmeplan Radver- 2297/13 kehr
Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 15 Nein 18 Enthaltung 3 Befangen 0

7.1.3. Dringliche Anfrage - Reinigung Mühlgraben 2298/13 Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 7 Nein 29 Enthaltung O Befangen O

7.1.4. Dringliche Anfrage - Beräumung des Mühlgrabens in Er- 2317/13 furt-Hochheim Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 6 Nein 30 Enthaltung O Befangen O

7.2. Anfragen

7.2.1. Realisierung der Kontrollen im bewirtschaften Parkie- 2161/13 rungsbereich

Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

DS Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort, bat jedoch um Verweisung in den Bau- und Verkehrsausschuss.

In diesem Zusammenhang bittet der Fragesteller noch einmal um eine Darstellung anhand von privat betriebenen Parkplätzen, welche die Stadtverwaltung gegenwärtig nicht kontrolliert (zum Beispiel Parkplatz Lachsgasse), wie die Kontrolle von bewirtschafteten Parkierungsbereichen noch erfolgen kann.

Diesbezüglich bat er um eine Stellungnahme durch die Stadtverwaltung.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.2. Wärmestuben für Obdachlose

2113/13

Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

zur Kenntnis genommen

7.2.3. Kosten und Einnahmen durch Geschwindigkeitskontrol- 2156/13

len

Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

DS 2331/13 Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort. Weiterhin bat er um Übergabe einer prozentualen Aufstellung der Messorte hinsichtlich Kindertagesstätte/Schulen und Durchgangsstraßen als auch in Bezug auf Tages- und Nachtstunden. Der Oberbürgermeister sicherte eine schriftliche Beantwortung zu, sofern diese Aufstellung verfügbar ist.

Auf Vorschlag von Herrn Kemmerich, fraktionslos, beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.4. Barrierefreie Straßenbahnhaltestellen Fragestellerin: Frau Hentsch, Fraktion CDU

2165/13

Die Fragestellerin war im Grund mit der Beantwortung der Anfrage zufrieden. Sie schlug jedoch vor, dass eine entsprechende Durchsage darauf hinweisen möge, dass körperbeeinträchtigte Fahrgäste, die ersten beiden Wagen benutzen mögen.

Der Oberbürgermeister sicherte zu, dass dies durch die EVAG geklärt wird.

zur Kenntnis genommen

7.2.5. Verkehrssicherheit im Bereich der Bukarester Straße 2234/13 Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Der Fragesteller war mit der Beantwortung seiner Anfrage nicht zufrieden. Er zitierte aus der Antwort Oberbürgermeisters und verwies auf einen Verkehrsunfall, der sich gerade in der vergangenen Woche an besagter Stelle ereignet habe. Er beantragte daher die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bau und Verkehr. Dazu sollten auch die Elternvertreter der Kindertagesstätte und der Schule eingeladen werden. Herr Frenzel, Fraktion SPD, teilte mit, dass vor Ort zwei Kindertagesstätten seien. Er schlug daher vor, Vertreter beider einzuladen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.6. Zur Zukunft des Monumentalwandbildes von Erich Enge 1953/13 in Erfurt

Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.

Herr Phlak, Fraktion DIE LINKE., dankte im Namen des Fragestellers. Er fragte, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung einsetzen könnte, um die Störer zum Handeln zu verpflichten. Die amt. Leiterin des Bauamtes verwies auf die Regelungen des Denkmalschutzgesetzes. Danach seien es prinzipiell Eigentümerpflichten, die Denkmale zu sichern und gegebenenfalls zu restaurieren. Dies könnte durch die Verwaltung dem Eigentümer aufgegeben und mit Zwangsmittel beigetrieben werden. In welchen zeitlichen Rahmen beabsichtigt die Verwaltung diese Mittel anzuwenden. Hierauf antwortete der Oberbürgermeister: "Zeitnah.".

zur Kenntnis genommen

7.2.7. Umsetzung der Revision nach § 46 Abs. 6 und 7 SGB II 2214/13 Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

zur Kenntnis genommen

7.2.8. Maßnahmen zum Parkplatzkonzept für Fahrräder 2258/13 Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN

Der Fragesteller bat um Überweisung der Anfrage in der Bau- und Verkehrsausschuss.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.9. Ausschreibung Strombezug

2260/13

Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN

zur Kenntnis genommen

7.2.10. Haushaltsmittel für Umweltverbände

2263/13

Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.11. Zustand des Lutherdenkmals

2246/13

Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie

Wähler

Nach Ansicht der Fragestellerin sollte zeitnah eine Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgen. Der Oberbürgermeister teilte mit, dass die Reinigung durchgeführt wird, sobald es wärmer ist.

zur Kenntnis genommen

7.2.12. Straßenrückbau

2248/13

Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler

DS	Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und fragte, ob das be-
2333/13	nannte Verfahren (Beibehaltung des Straßenquerschnitts) nicht auch
	bei zukünftig vorgesehenen Rückbaumaßnahmen oder Umverlegungen
	von Straßen, z.B. Martin-Anderson-Nexö-Straße oder Clara-Zetkin-
	Straße, angewandt werden könnte. Damit könnten sowohl der städti-
	sche Haushalt als auch die Bürger in Bezug auf Straßenausbaubeiträge

entlastet werden.

zur Kenntnis genommen

7.2.13. Projekte bzw. Finanzierungen durch die KOWO Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler

2255/13

Der Fragesteller war mit der Beantwortung unzufrieden. Er bat um Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen unter Hinzuziehung des Geschäftsführers der KoWo Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.14. Grundstücke am IGA-Blick

2256/13

Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler

DS	Der Fragesteller bat um Nachreichung der Beantwortung seiner zweiten
2334/13	Frage in Bezug auf " an wen wurden die vermögensrechtlichen Ansprü-
	che gestellt", an die Grundstückseigentümer oder an die Stadt Erfurt.
	Eine weitere Frage lautet: Was passiert, wenn der Antragsteller vor Gericht Recht bekommt und wer haftet für die Summen, die dafür aufgewendet werden müssen?

Der Fragesteller bat um Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.15. Veräußerung der Anteile am Gasversorger Verbundnetz 2235/13
Gas AG (VNG) durch die Stadtwerke Erfurt GmbH
Fragesteller: Herr Rudovsky, fraktionslos

Der Fragesteller war mit der Beantwortung der Anfrage hinsichtlich der Wertermittlung nicht zufrieden und beantragte die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben. Der Oberbürgermeister verwies auf das vorgeschriebene Verfahren.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.16. Ablauf der Beratungen zur Haushaltssatzung 2014 und 2237/13 zum Haushaltsplan 2014 Fragesteller: Herr Kemmerich, fraktionslos

Der Fragesteller verwies auf die schwierige Lage der Beratungen zum Haushalt 2014 (Vorbereitung in der Weihnachtszeit).

Der Oberbürgermeister verwies auf das Verfahren zum Haushalt 2013. Dies wollte er bezogen auf das Jahr 2014 niemandem (z. B. auch keinem freien Träger) erneut zumuten. Daher wird der Haushaltsentwurf so früh wie möglich vorgelegt. Die Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, Frau Pablich ergänzte, dass vorgesehen sei, die Unterlagen zum Haushalt den Fraktionen am 06. Dezember 2013 zur Verfügung zu stellen.

zur Kenntnis genommen

7.2.17. Grund der Rücknahme einer Objektausschreibung 1955/13
Fragesteller: Herr Haß, Ortsteilbürgermeister Moskauer
Platz

Herr Frenzel, Fraktion SPD, äußerte im Namen des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz sein Bedauern darüber, dass der Ortsteilrat zwar im Mai über die Ausschreibung entschieden hat, dass jedoch keine Information an den Ortsteilrat über die Aufhebung der Ausschreibung erfolgte.

Hierzu äußerten sich Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur und die Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften dahingehend, dass die Rücknahme der Ausschreibung eine schnelle Entscheidung bedurfte und für die Beteiligung des Ortsteilrates keine Zeit war.

zur Kenntnis genommen

7.2.18. Realisierung des Abwasserkonzeptes in Azmannsdorf 2147/13 Fragesteller: Herr Wenzel, Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf

zur Kenntnis genommen

8. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

Es lagen keine dringlichen Entscheidungsvorlage vor.

9. Entscheidungsvorlagen

9.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbe- 1036/12 triebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Ausschüsse in der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 14.11.2013 wie folgt votiert haben:

- Kulturausschuss: bestätigt Ja 8 Nein O Enthaltung O Befangen O
- Werkausschuss Theater Erfurt: bestätigt Ja 10 Nein O Enthaltung O Befangen O.

Wie unter TOP 3 vereinbart, erfolgte kein Redebeitrag. Die Drucksache wurde sofort zu Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 38 Nein O Enthaltung 1 Befangen O

Beschluss:

01

Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers versehene Jahresabschluss 2011 des Theaters Erfurt, der eine Bilanzsumme von 51.986.164,30 Euro und einen Jahresgewinn von 198.218,67 Euro ausweist, wird entsprechend § 25 Thüringer Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

02

Der Jahresüberschuss in Höhe von 198.218,67 Euro wird mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.015.376,81 Euro verrechnet.

03

Die Werkleitung des Eigenbetriebs Theater Erfurt wird für das Geschäftsjahr 2011 nicht entlastet.

04

Gemäß § 25 Abs. 4 der Thüringer Eigenbetriebsverordnung ist neben den Beschlüssen über die Feststellung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung auch der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers wiederzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Veröffentlichung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

9.2. 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung 0380/13 Einr.: Oberbürgermeister

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach der Pause (nach den vorgezogenen Wahlen gemäß TOP 9.24 (Drucksache 2083/13) und TOP 9.33 (Drucksache 2195/13)). Der Stadtratsreferent gab mündlich das Wahlergebnis bekannt (hierzu siehe die einzelnen Tagesordnungspunkte).

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1938/13 vorliegt. Hierzu lag die Stellungnahme der Verwaltung allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Der Antrag wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Weiterhin lag ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2116/13 vor.

Mit Drucksachen 1811/13 und 1888/13 lagen den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Nachfragen aus den Ausschusssitzungen vor.

Weiterhin lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern mit Drucksache 1892/13 eine Zuarbeit der Stadtverwaltung auf Grund von Nachfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vor.

Mit Datum vom 09.10.2013 (OB-PE: 8611) lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern ein Schreiben des Bürgeramtes vor, in dem der Geltungsbereich des "Innenrings" gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung korrekt dargestellt und damit die fehlerhafte Darstellung der Drucksache 1091/13 korrigiert wird.

Im Stadtrat am 09.10.2013 wurde die Drucksache zur erneuten Beratung in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen verwiesen.

In der gemeinsamen Ausschusssitzung am 06.11.2013 wurde die Drucksache 0380/13 in Fassung des Änderungsantrages der Verwaltung (Drucksache 2116/13) mit der redaktionellen Änderung im Beschlusswortlaut:

"Die in der Anlage 1 befindliche geänderte Satzung zu<u>r</u> Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung wird bestätigt."

wie folgt abgestimmt:

- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben (FLRV): bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0;
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen: bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0.

Letztlich lag mit Drucksache 2321/13 ein Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und hierzu die Stellungnahme der Verwaltung allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zur Drucksache äußerten sich (zum Teil auch mehrfach):

- Frau Tyroller, Fraktion CDU, sprach sich für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, weil der bezüglich der Festsetzung der Rahmengebühren Klarheit schaffen würde. Weiterhin kritisierte die gesamte Vorlage, weil den Gewerbetreibenden Planungssicherheit "vorgegaukelt" wird. Der Verein City-Management Erfurt e. V. äußerte sich zwar relativ positiv zum Änderungsantrag der Verwaltung, es fühlten sich jedoch nicht alle Gewerbetreibenden vom Verein vertreten, so Frau Tyroller.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte das Beratungsverfahren. Er äußerte Kritik, da die letzte Gebührenerhöhung erst vor zwei Jahren durch den Stadtrat beschlossen wurde. Mit der Festschreibung der Gebühren bis 2022 (Drucksache der Verwaltung 2116/13) wird eine gewisse Planungsgrundlage für die Gewerbetreibenden und Bürger geschaffen. Er dankte den Mitarbeitern der Verwaltung für die Erarbeitung des Änderungsantrages. Kritik wurde hinsichtlich der Rahmengebühren geäußert. Er nahm Bezug auf die Nachfragen im Ausschuss FLRV: Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 2106/13 bildete die Grundlage für den Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2321/13). Damit werde die Gebührenberechnung nachvollziehbarer. Er bat abschließend um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, erläuterte das Beratungsverfahren und ging auf das Anhörungsverfahren der Betroffenen (Verbände, Vereine) im Ausschuss ein. Er äußerte seinen Dank an Verwaltung, die auf Grund der Beratung in der gemeinsamen Ausschusssitzung den Änderungsantrag der Verwaltung vorbereitet haben und bat um Zustimmung zum Antrag der Verwaltung und dem Änderungsantrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, äußerte sich ablehnend zur Drucksache. Er verwies darauf, dass die Händler bereits durch andere Tatbestände belastet werden (z. B. Werbesatzung, Baumaßnahmen in der Innenstadt, Wetter). Weiterhin warb er für eine Unterstützung der Erfurter Händler, um Erfurt auch als Einkaufsstadt weiter zu erhalten.
- Herr Metz, Fraktion SPD, merkte positiv an, dass die nun vorliegende Satzung im Konsens mit den einschlägigen Verbänden entstanden ist. Es musste ein Interessenausgleich vorgenommen werden, der nun von allen tragbar sei, so Herr Metz weiter. Letztlich zähle das Ergebnis. Der vorliegende Kompromiss, befriedige zwar nicht alle. Er äußerte aber seinen Dank an den Verein City-Management Erfurt e. V, die IHK und die anderen Verbände für die sachgerechte Diskussion. Planungssicherheit sei erreicht worden. Er sprach die Empfehlung aus, auch in anderen Gebührensatzungen Elemente der Planungssicherheit einzuarbeiten. Herr Metz verwies darauf, dass Änderungen von Satzungen stets durch den Stadtrat möglich seien. Jedoch sehe er diesen jetzt gefunden Kompromiss auch als eine Art Selbstverpflichtung für den Stadtrat. Er äußerte die Empfehlung an die Verwaltung, von vornherein diesen Weg (Einbindung der Interessenvertreter) zu gehen und nicht erst in den Ausschüssen die Verfahren zu klären. Weiterhin verwies er auf die durch die Stadt in den vergangenen Jahren getätigten Millionen-Investitionen, die enorm zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt beigetragen hätte. Als Beispiele nannte er die Baumaßnahme Anger (1. und 2. BA), Schlösserstraße,

- Fischmarkt, die vorgesehene Sanierung des Hauses zum Roten Ochsen, Sanierungen von Schulen und Kitas.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, verwies auf die Außengastronomie als das wesentlich das Flair der Stadt beeinflussende Gewerbe. Die derzeit gefundene Regelung sei zwar ein Kompromiss, er verwies jedoch auf die Erhöhung der Gewerbesteuer, Grundsteuer und der Sondernutzungsgebühr vor zwei Jahren. Diese bewirkten bereits erhebliche Einschnitte für Gewerbetreibende in der Stadt. Letztlich würden diese Gebühren auf die Preise umgelegt. Weiterhin erläuterte das Verhältnis Ausgaben zu Einnahmen bei den Sondernutzungsgebühren (2012 190 TEUR Gebühren, Ausgaben: ca. 120 TEUR). Viele Mitglieder der Fraktionen sehen das Verfahren kritisch und werden das im Abstimmverhalten dokumentieren, so Herr Pfistner.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, verwies auf die Anhörung der Verbände. Er gab seine Skepsis hinsichtlich einer erneuten Erhöhung der Gebühr zum Ausdruck. Die vorhandene Außengastronomie macht die Stadt besonders lebenswert, jedoch würde, wer im Freien sitzt, nicht im Gastraum sitzen. Seiner Meinung nach sei die Erhöhung der Sondernutzungsgebühren ein "eklatanter Fehler". Am Rande der Kernzone würden bereits jetzt Probleme in der Gastronomie zu verzeichnen sein (z. B. im Brühl). Diese Entwicklung müsse ernst genommen werden, so Herr Schwäblein. Er wird dieser Drucksache keine Zustimmung geben.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, bei der Diskussion etwas "die Dramatik" herauszunehmen. Er verwies auf die Kosten für Mieten und Pachten, die die Gewerbetreibenden in der Innenstadt ebenfalls sehr belasten und das in diesem Zusammenhang stehende Interesse der Hauseigentümer nach Profit. Er bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Dieser solle die Verwaltung bei der Gebührenfestsetzung binden.

Weiterer Diskussionsbedarf bestand nicht, somit ließ die Stadtratsvorsitzende wie folgt abstimmen:

1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2321/13), welche die Drucksache ändert

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:22Nein-Stimmen:16Enthaltungen:6

- → damit angenommen
- 2. Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 2116/13)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:30Nein-Stimmen:6Enthaltungen:8

Herr Vothknecht, Fraktion CDU, gab nach der Abstimmung eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten zu Protokoll:

"Ich habe gegen die Vorlage gestimmt, weil ich der Überzeugung bin, dass das nicht der Weg ist, den Erfurt als wirtschaftsfreundliche Stadt, als Standtort, gehen sollte. Die Ausführungen meiner Kollegen, die hier darauf hingewiesen haben, dass das eine zu vernachlässigende Erhöhung wäre, dem kann ich nicht folgen. Denen kann ich auch nur empfehlen, mit den Betroffenen einmal ins Gespräch zu kommen. Dann werden sie ganz schnell eines Besseren belehrt. Und ich hoffe, dass diese Entscheidungen in nächster Zeit doch mehr mit wirtschaftlicher Vernunft getroffen werden."

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 6 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss:

Die in der Anlage 1 befindliche geänderte Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung wird bestätigt.

[Red. Anmerkungen: Die Anlage des Beschlusses liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.]

9.2.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 0380/13 - 2. Änderung der 1938/13 Sondernutzungsgebührensatzung

zurückgezogen

9.2.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2321/13 zur DS 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

bestätigt Ja 22 Nein 16 Enthaltung 6 Befangen 0

9.2.3. Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

bestätigt mit Änderungen Ja 30 Nein 6 Enthaltung 8 Befangen 0

9.2.4. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 1811/13 26.09.2013 - TOP 4.1.+4.1.1. ... 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (DS 0380/13+1575/13)

zur Kenntnis genommen

9.2.5. Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 1888/13 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

zur Kenntnis genommen

9.2.6. Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 1892/13 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

zur Kenntnis genommen

9.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Erfurter 0573/13 Bahn GmbH

Einr.: Oberbürgermeister

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte direkt nach TOP 9.1.

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen in seiner Sitzung am 14.11.2013 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 3 erfolgt zum Tagesordnungspunkt kein Redebeitrag. Die Drucksache wurde sofort zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 43 Nein O Enthaltung 1 Befangen O

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Erfurter Bahn GmbH die nachfolgenden Beschlüsse fasst:

01

Der Jahresabschluss 2012 der Erfurter Bahn GmbH, welcher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens WIBERA AG erhalten hat und eine Bilanzsumme von 112.170.742,87 Euro sowie einen Bilanzgewinn in Höhe von 1.466.206,42 Euro ausweist, wird festgestellt.

02

Der Bilanzgewinn in Höhe von 1.466.206,42 Euro wird wie folgt verwendet:

- a) Ausschüttung an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt in Höhe von 500.000,00 Euro (Auszahlungsbetrag 420.875,00 Euro netto). Der auszuschüttende Betrag ist zum 01.12.2013 fällig.
- b) Einstellung in die zweckgebundene Rücklage in Höhe von 868.548,09 Euro für die Motorenüberholung der Fahrzeuge VT001 bis VT023 per 31.12.2012 mit Rumpfmotor.

c) Einstellung von 97.658,33 Euro in die Gewinnrücklage.

03

Der Geschäftsführerin Frau Heidemarie Mähler wird für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis 30.04.2012 Entlastung erteilt. Dem Geschäftsführer Herrn Michael Hecht wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

04

Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

05

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2013 der Erfurter Bahn GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz wird die WIBERA AG bestellt. Der Prüfbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

06

Die Geschäftsführung wird ermächtigt, bereits bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse künftiger Geschäftsjahre aus den Jahresüberschüssen Beträge in eine weitere "Zweckgebundene Rücklage" für die Motorenüberholung einzustellen. Diese zweckgebundene Rücklage ist ausschließlich zur Finanzierung dieser Überholungen zu verwenden.

9.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Kaisersaal 0576/13 Erfurt GmbH

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen in seiner Sitzung am 14.11.2013 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 3 erfolgt zum Tagesordnungspunkt kein Redebeitrag. Die Drucksache wurde sofort zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 43 Nein O Enthaltung 1 Befangen O

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Kaisersaal Erfurt GmbH nachfolgende Beschlüsse fasst:

01

Der mit einer Bilanzsumme von 6.874.142,98 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 963.501,59 Euro ausgewiesene Jahresabschluss 2012 der Kaisersaal Erfurt GmbH, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens Mittelrheinische Treuhand GmbH versehen ist, wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 963.501,59 Euro wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

03

Dem Geschäftsführer, Herrn Alexander Hilge, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

04

Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

05

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2013 der Kaisersaal Erfurt GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG wird die Mittelrheinische Treuhand GmbH, Schillerstraße 24, 99096 Erfurt, bestellt. Der Prüfbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

06

Die für das Jahr 2013 im Haushalt der Landeshauptstadt Erfurt bestätigten und dem Unternehmen zur Absicherung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 802.400,00 Euro sind als Zuzahlung in das Eigenkapital der Gesellschaft zu betrachten und der Kapitalrücklage zuzuführen.

9.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbe- 0577/13 triebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 07.11.2013 die Drucksache bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat. Auch der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb bestätigte in seiner Sitzung am 14.11.2013 die Drucksache (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Oberbürgermeister dankte dem langjährigen ersten Werkleiter des Entwässerungsbetriebes für seine Tätigkeit und verabschiedete ihn in den Ruhestand.

Die Stadtratsvorsitzende schloss sich dem im Namen der Stadtratsmitglieder an.

Danach rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Fundus Revision GmbH versehene Jahresabschluss 2012 des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt mit einer Bilanzsumme von 284.371.108,75 € und einem Jahresgewinn von 5.228.552,98 € wird festgestellt.

02

Der Jahresgewinn von 5.228.552,98 € wird wie folgt verwendet:

- Die für das Jahr 2012 geplante Eigenkapitalverzinsung in der Höhe von 4.523.000,00 € wird an den städtischen Haushalt abgeführt.
- Die verbleibende Summe in der Höhe von 705.552,98 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

03

Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2013 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Fundus Revision GmbH bestellt. Der Prüfungsauftrag ist bis Oktober 2013 durch die Werkleitung auszulösen. Im Prüfungsauftrag ist die Vorlage des Abschlussberichtes 2013 bis spätestens Ende Juni 2014 zu vereinbaren. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

05

Gemäß § 25 Absatz 4 Thüringer Eigenbetriebsverordnung ist neben den Beschlüssen über die Feststellung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung auch der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ortsüblich bekanntzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

9.6. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbe- 0580/13 triebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister

In der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 14.11.2013 wurde wie folgt votiert:

- Werkausschuss Theater Erfurt: bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
- Kulturausschuss: bestätigt Ja 8 Nein O Enthaltung O Befangen O,

so die Stadtratsvorsitzende.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 43 Nein 1 Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Fundus Revision GmbH versehene Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt mit einer Bilanzsumme von 48.606.976,97 EUR und einem Jahresverlust von 206.786,89 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresverlust von 206.786,89 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

03

Die Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 entlastet.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2013 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Fundus Revision GmbH bestellt. Der Prüfungsauftrag ist bis Dezember 2013 durch die Werkleitung auszulösen. Im Prüfungsauftrag ist die Vorlage des Abschlussberichtes 2013 bis spätestens Ende April 2014 zu vereinbaren. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

05

Gemäß § 25 Absatz 4 Thüringer Eigenbetriebsverordnung ist neben den Beschlüssen über die Feststellung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung auch der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ortsüblich bekanntzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

9.7. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Thüringer Zooparkes Erfurt 1303/13

Einr.: Oberbürgermeister

In der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt mit dem Kulturausschuss am 14.11.2013 wurde wie folgt votiert:

 Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt: bestätigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0 Kulturausschuss: bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0,

so die Stadtratsvorsitzende.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

Nach diesem Tagesordnungspunkt erfolgten die Wahlen gemäß TOP 9.24 und TOP 9.33 und danach trat der Stadtrat in seine Pause ein.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2013 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die FUNDUS Revision GmbH bestellt.

02

Der Prüfauftrag zur Jahresabschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2013 ist durch die Werkleitung zeitnah auszulösen.

03

Im Prüfauftrag ist die Vorlage des Abschlussberichtes 2013 bis spätestens Ende April 2014 zu vereinbaren.

04

Der Prüfbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

9.8. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen Stufe 2 - Billi- 1350/13 gung der Ergebnisse der Abwägung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in der Sitzung am 07.11.2013 bestätigt hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0). Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.11.2013 (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldung gab es wie folgt (teilweise mehrfach):

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte, dass Lärm der Gesundheit schade, indem beispielsweise Herz-Kreislauf-Erkrankungen verstärkt werden. Weiterhin ging er auf die Problematik der Umweltgerechtigkeit ein (eher sozial Schwächere

leben an Orten mit erhöhtem Lärmaufkommen). Das Tempolimit auf 30 km/h am Juri-Gagarin-Ring hat nach Ansicht einiger Anwohner positive Wirkung gezeigt. In Berlin haben ca. 75 % der Straße ein Tempolimit auf 30 km/h, was zu Rückgang von Unfällen und der Feinstaub-Belastung geführt habe. Seiner Ansicht geht der vorliegende Plan grundsätzlich in die richtige Richtung, jedoch erschwere die konkurrierende Gesetzesgrundlagen zwischen Umwelt- und Verkehrsbehörde (Umweltschutz auf der einen, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der anderen Seite) die Möglichkeiten der Verwaltung. Entscheidend sei für Ihn jedoch, dass eine Prüfung und Fortschreibung der Planung alle fünf Jahre erfolgen wird. Er richtete den Dank an die Verwaltung und auch an die Bürger, die Stellungnahmen eingereicht haben. Er verwies darauf, das für Maßnahmen in der Clara-Zetkin-Straße (Absenkung, Fahrbahnreduzierung) letztlich das Geld fehlen könnte. Daher unterbreitete er den Vorschlag eine Übergangslösung zu suchen, ohne einen grundhaften Ausbau durchzuführen. Er kündigt einen Antrag seiner Fraktion zur Absenkung der Tag- und Nachtlärmwerte für die nächsten Stadtratssitzungen an. Letztlich signalisierte er die Zustimmung zur Drucksache durch seine Fraktion.

- Herr Phlak, Fraktion DIE LINKE., unterstützt grundsätzlich den Lärmaktionsplan. Er verwies darauf, dass die Bürgermeinung zur Kenntnis genommen und sach- und fachgerecht abgewogen wurde. Probleme sieht er in finanzieller Hinsicht. Die notwendigen Finanzen müssten bereitgestellt werden. Hierzu verwies er auf die anstehenden Haushaltsberatungen. Den Vorschlag von Herrn Kanngießer, gegebenenfalls mit einem geringeren Aufwand Maßnahmen umzusetzen, bewertet er als positiv. Er dankte der Verwaltung und den Bürgern, die sich eingebracht haben.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte das gesetzlich normierte Verfahren. Die Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen erfolgte nach seiner Ansicht sach- und fachgerecht. In Bezug auf die Aussage von Herrn Kanngießer geht er davon aus, dass in Erfurt mehr als 75 % der Straßen auf Tempo 30 beschränkt sind, wenn das gesamte Nebennetz mit einbezogen wird. Er sieht jedoch die Fahrbahnsanierung als wesentliche Maßnahme zur Lärmreduzierung und verweist in diesem Zusammenhang auf das Aktionsprogramm des Bundes in der vergangenen Jahren, in der auf 12 Straßen in Erfurt der Straßenbelag getauscht wurde (Pflaster gegen Asphalt). Weiterhin sei eine bessere Koordinierung der Lichtsignalanlagen erforderlich, um den Verkehrsfluss zu erhöhen. Als positive Maßnahme nannte er auch das Forschungsprojekt auf der Leipziger Straße. Aber auch ein höherer Anteil an Elektromobilität bedinge eine Lärmreduzierung.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, verwies hinsichtlich des Vorschlags von Herrn Kanngießer auf die Antwort des Oberbürgermeisters zu einer Anfrage, in der darauf hingewiesen wurde, dass kurzfristige Maßnahmen nicht immer günstiger seien, da hier oftmals Straßenmarkierung, Anpassungen der Lichtsignalanlage und der Induktionsschleifen erforderlich werden. Zum Rückbau der Clara-Zetkin-Straße verwies er auf die Verlagerung des Verkehrs auf die Friedrich-Ebert-Straße und die damit einhergehende Belastung der Anwohner dort. Die Tempo-Reduzierung auf 30 km/h sieht er nicht als "Allheilmittel" und verweist auf die Verkehrssituation in der Binderslebener Landstraße und dem erhöhten Rußpartikelausstoß der Lkw bei langsamer Fahrt. Auch hinsichtlich der Erfahrungen der Stadt Erfurt zu Tempo-30-Zonen verwies er darauf, dass Erfurt die erste Stadt war, die 1989 eine 30-Km/h-Zone in der Innenstadt eingeführt hat. Er geht auch von einem Anteil von über 75 % der 30 km/h-Strecken in Erfurt einschließlich des Nebennetzes aus und bat um Zustimmung zur Drucksache. Er wies jedoch darauf hin, dass die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssten.

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, teilte mit, dass seine Fraktion der Drucksache zustimmen wird. Er geht jedoch von einer Unterfinanzierung der Maßnahmen aus. Hiergegen wäre ein weiteres Bundesprogramm geeignet, so Herr Dr. Warweg. Bezogen auf die Aussage von Herrn Kallenbach teilte er mit, dass ab 30 Km/h die Abrollgeräusch der Reifen lauter als die Motorengeräusche sind, was auch für Elektrofahrzeuge gelte.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, verwies hinsichtlich der Problematik "Unterfinanzierung" auf die Haushaltsberatungen: Der Stadtrat müsse hier die Prioritäten setzen. Hinsichtlich der Maßnahme "Rückbau Clara-Zetkin-Straße" geht er davon aus, dass Bürgerproteste kommen werden. Seiner Ansicht nach sollten die Planungsleistungen hierfür besser in anderen Projekten z. B. der Umsetzung des Schulnetzplans ein gesetzt werden. Auch vor dem Hintergrund, dass andere Straßen in einem viel schlechteren Zustand sind, stellte er beispielsweise den grundhaften Ausbau der Nordhäuser Straße in Frage.
- Herr Metz, Fraktion SPD, ging insbesondere auf Herrn Pfistners Redebeitrag ein. Nach seiner Ansicht haben sowohl die Schulen und Kitas als auch Straßenbaumaßnahmen die gleich hohe Priorität. Bezüglich der kritisierten Planungskosten verwies er auf die Martin-Anderson-Nexö-Straße. Dort habe man rechtzeitig mit der Planung begonnen, auch als noch nicht mit einer Verlegung zu rechnen war, und könne nun hoffen, dass diese Maßnahme umgesetzt werde. Planungen dienen der Vorbereitung auf konkrete Maßnahme. Er erwarte jedoch auch, dass die kreisfreie Städte von der zusätzlichen Finanzspritze des Landes (45 Mio. EUR für Investitionen) profitieren und forderte alle Stadtratsmitglieder auf, entsprechenden Druck auf das Land und die eigene Landtagsfraktionen auszuüben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

Im Anschluss an die Abstimmung gab Herr Schwäblein folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten:

"Ich habe dagegen gestimmt, nicht, weil ich den Bürgern nicht wünsche, dass sie weniger Lärm ertragen müssen. Ich halte nur das Allheilmittel "Tempo-30-Zone" auf Hauptstrecken schlicht für untauglich."

beschlossen Ja 36 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat billigt den Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen Stufe 2 (Anlage 2) mit den dargestellten Lärmminderungsmaßnahmen.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen das Abwägungsergebnis (Anlage 1 a) mitzuteilen.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen Stufe 2 der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Maßnahmen unter Maßgabe des Haushaltes umzusetzen.

[Red. Anmerkung: Die Anlagen des Beschlusses liegen der Niederschrift als Anlage 2 bei.]

9.9. Tantiemen abschaffen Einr.: Fraktion DIE LINKE.

1498/13

Die Stadtratsvorsitzende gab zum Tagesordnungspunkt Folgendes bekannt:

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache lag den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Mit Drucksache 2207/13 lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor. Auch die hierzu ergangene Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache 1498/13 in der Sitzung am 06.11.2013 vertagt.

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 14.11.2013 wurde die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 2207/13) abgelehnt (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0).

Im Hauptausschuss am 26.11.2013 erfolgte keine Abstimmung in der Angelegenheit.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2318/13 vor. Die Stellungnahme zum Antrag liegt allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zum Tagesordnungspunkt sprachen:

Herr Phlak, Fraktion DIE LINKE, begründete die Drucksache. Die Zahlung von Tantiemen sei nach Ansicht seiner Fraktion nicht mehr zeitgemäß, gehöre nicht in Gehaltsstruktur kommunaler Unternehmen und sei dem Bürger nicht mehr vermittelbar. Er verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Nach Recherchen seiner Fraktion konnte kein Fall ermittelt werden, in dem eine Tantieme abgelehnt wurde. Es müssten nachvollziehbare, nachprüfbare Grundlagen eingeführt werden. In zukünftigen Geschäftsführer-Verträge sollten keine Tantieme enthalten sein. Er beantragte die getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte 01 und 02 entsprechend dem Änderungsantrag seiner Fraktion (Drucksache 2207/13). Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann seine Fraktion nicht folgen, da dieser nur eine Aufweichung bisherige Regelungen, jedoch keine Zielbestimmung enthält.

- Herr Metz, Fraktion SPD, äußerte seine persönliche Ansicht zur Angelegenheit und findet den mit der Drucksache vorgeschlagenen Weg nicht zielführend. Recherchen seiner Fraktion haben ergeben, dass von Experten dazu geraten wird, dass die Gehälter von Geschäftsführern leistungsabhängige Bestandteile enthalten, was letztlich zu mehr Transparenz führen würde. Grundsätzlich findet er den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vernünftig, wenn auch nicht in jedem Fall möglich. Die Kriterien könnten jedoch nicht allein durch den Aufsichtsrat festgesetzt werden. Hierfür ist seiner Ansicht nach die Unterstützung durch das städtische Beteiligungsmanagement erforderlich.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete von intensiven Diskussionen in seiner Fraktion. Eine Zustimmung zur Vorlage der Fraktion DIE LINKE. sei nicht möglich gewesen. Es müssen Anreizsysteme geschaffen werden zur Innovation. Dies soll entsprechend dem Wortlaut des Antrages seiner Fraktion Ziel des Stadtrates in der nächsten Wahlperiode sein. Klare Kriterien müssten im Aufsichtsrat benannt und die Erfüllung auch dort beurteilt werden. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit, Tantieme zu verweigern. Zur Konkretisierung schlug er vor, über die beiden Beschlusspunkte (BP 1 aus Drucksache 2207/13 Antrag Fraktion DIE LINKE und BP 2 aus dem Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2318/13) abzustimmen. Der Antrag seiner Fraktion ist so zu verstehen, dass hier nur der zweite Beschlusspunkt des Antrages zur Drucksache 2207/13 ersetzt wird, ergänzte Herr Blechschmidt..
- Herr Kemmerich, fraktionslos, verwies auf die große Verantwortung der Geschäftsführer(innen). Die Vergütung für diese Verantwortung solle jedoch prinzipiell über das Grundgehalt erfolgen. Für Tätigkeiten über das normale Maß hinaus seien jedoch Tantieme mehr als sinnvoll. Er sprach sich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus und bezeichnete diese als "reinen Populismus". Tantiemen sollten jedoch wirklich für besondere Leistung gewährt werden, jedoch kein Automatismus sein. Die Verantwortung soll jedoch der jeweilige Aufsichtsrat haben.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, verwies auf die ausführlichen Diskussionen im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen. Seiner Ansicht nach würde es die Fraktion DIE LINKE, scheuen, die Verantwortung für die Gewährung von höheren Tantiemen zu übernehmen. Die Bundesrepublik sei eine sozial geprägte Leistungsgesellschaft, so Herr Schwäblein. Zu klären sei die Frage: "Wie kann regulierend eingegriffen werden?". Vor einiger Zeit wurde die Verantwortung vom Aufsichtsrat auf den Gesellschafter, mithin dem Stadtrat übertragen. Es sei nun das Recht des Stadtrates, den Oberbürgermeister als Vertreter in der Gesellschafterversammlung den Kurs vorzugeben, sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Kontrolle der Kriterien. Bei Aktiengesellschaften ist es seiner Ansicht nach in Teilen geboten, ein Teil der Gehälter variabel zu gestalten. Es sollten stets zusätzliche Anreize gesetzt werden. Er spricht sich für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus. Eine grundsätzliche Abschaffung von Tantiemen ist aus seiner Sicht jedoch nicht zu empfehlen. In Bezug auf die städtischen Eigenbetriebe gelte jedoch der TVöD. Daher müssten andere Leistungskriterien angewandt werden, die teilweise auch schon von Kommunen eingeführt wurden. Beim generellen Verzicht auf Tantieme befürchtet Herr Schwäblein mittelfristig Probleme, gutes Personal zu bekommen. Letztlich empfiehlt er dem Stadtrat, den Beschlusspunkt 1 der Drucksache der Fraktion DIE LINKE abzulehnen und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., dankte den Stadtratsmitgliedern für die geführte Debatte. Initiator des Antrages seiner Fraktion war die Bankenkrise vor einigen Jahren. Er ist davon überzeugt, dass der Schritt, auf Tantieme zu verzichten, in die Richtung geht, die irgendwann kommen wird. In Bezug auf die Aussage von Herrn Kemmerich, die Drucksache sei "Populismus", verwies er auf den flächendeckenden Mindestlohn, der schon lange von seiner Partei gefordert wurde, und jetzt im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD im Bund sehr wahrscheinlich kommen wird. In keiner Weise sei durch seine Fraktion eine Neiddebatte zu führen beabsichtigt gewesen. Auch seiner Fraktion sei bekannt, dass wir in einer Leistungsgesellschaft leben – für gute Arbeit der Geschäftsführer müsse auch gutes Geld gezahlt werden. Hinsichtlich eines Leistungsanreizes verwies er auf die in den Aufsichtsräten vorgestellte (stufenweise) Tarifsteigerung bei den Geschäftsführergehältern. Weitere Anreize, insbesondere finanzieller und materielle Art (z. B. Dienstwagen), seien vorhanden. Die Ursprungsvorlage seiner Fraktion wurde angepasst, sodass bei zukünftigen Verträgen keine Tantieme vereinbart werden soll und bei bestehenden Verträgen überall nachprüfbare, abrechenbare und nachvollziehbare Leistungskriterien vereinbart werden. Er bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion, insbesondere, da die Entscheidungsvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine erneute Beschlussvorlage fordere (um noch einmal zu diskutieren), während der Antrag seiner Fraktion eine sofortige Umsetzung bedeutet.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, teilte mit, dass ihre Fraktion den Drucksachen nicht zustimmen kann. Ihrer Ansicht nach sei eine leistungsorientierte Bezahlung wichtig. Jedoch müsse Transparenz geschaffen werden und abrechenbare Leistungsziele geschaffen werden. Sollten die Ziele nicht erreicht werden, müssten auch Abzüge beim Gehalt vorgenommen werden.
- Herr Blechschmidt verwies darauf, dass bei Nichterreichen der Ziele keine Auszahlung der Tantiemen erfolgt, nicht jedoch eine Reduzierung.
- Frau Prof. Dr. Assmann verwies auf die freie Wirtschaft. Hier sei es üblich, Zielvereinbarungen abzuschließen. Wenn die Ziele übererfüllt werden, wird mehr ausgezahlt, werden die Ziele nicht erreicht, müssten Abzüge hingenommen werden bis hin zur Nichtauszahlung von Leistungszuschlägen.

DS	Herr Schwäblein, Fraktion CDU, verwies unter Bezug auf das Transpa-
2342/13	renzgebot und das entsprechende Auskunftsrecht der Stadtratsmit-
	glieder auf das Urteil des OVG Weimar ¹ . Er forderte daher, offenzule-
	gen, wie die Gehaltsstruktur des Generalintendanten des Eigenbe-
	triebs Theater Erfurt ist, was ihm bisher verweigert wurde. Weiterhin
	regte er an, die Grundgehalte und Tantiemen aller Geschäftsführer
	der städtischen Gesellschaften aufzulisten und diese Zusammenstel-
	lung noch einmal in nicht öffentlicher Sitzung oder als nicht öffent-
	liche Drucksache allen Stadtratsmitgliedern zu Verfügung zu stellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erläuterte die Stadtratsvorsitzende das vorgesehene Abstimmungsprozedere:

1

¹ Anm.: Vgl. Urteil des OVG Weimar vom 16.10.2013, Aktenzeichen: 3 KO 899/11, 3 KO 900/11

- 1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2318/13), welche den Beschlusspunkt 02 ersetzt und danach
- 2. über den Beschlusspunkt 01 aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 2207/13).

Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Somit erfolgte die Abstimmung wie folgt:

1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2318/13):

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 25 Enthaltungen: 0

- → damit abgelehnt.
- 2. Antrag der der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 2207/13) unter Beachtung des Antrages von Herrn Phlak auf getrennte Abstimmung der beiden Beschlusspunkte wie folgt:
- a)

Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 1

Ja-Stimmen:13Nein-Stimmen:27Enthaltungen:0

- → damit abgelehnt.
- b)

Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 2

Ja-Stimmen:21Nein-Stimmen:17Enthaltungen:2

→ damit beschlossen.

mit Änderungen beschlossen

Beschluss:

01

Bestehende Verträge, die Tantiemenzahlungen enthalten, sind mit konkreten Leistungskriterien zu untersetzen; diese wiederum sollen nachvollziehbar, überschaubar, genau beschrieben und abrechenbar in Bezug auf die besonderen Leistungen sein. Bestehende Verträge sind diesbezüglich jährlich zu modifizieren.

9.9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1498/13 - Tantie- 2207/13 men abschaffen

bestätigt mit Änderungen

9.9.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2318/13 zur DS 1498/13 - Tantiemen abschaffen

abgelehnt Ja 15 Nein 25 Enthaltung O Befangen O

9.10. Machbarkeitsstudie Defensionskaserne 1526/13 Einr.: Oberbürgermeister

Siehe TOP 3.

vertagt

9.11. Satzung über die Durchführung einer Befragung zur Erstellung eines Lebenslagenberichtes von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 07.11.2013 die Drucksache einstimmig bestätigt hat (Ja 12 Nein O Enthaltung O Befangen O)

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

∩1

Die "Satzung über die Durchführung einer Befragung zur Erstellung eines Lebenslagenberichtes von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in der Landeshauptstadt Erfurt" wird beschlossen.

[Red. Anmerkung: Die Satzung wurde der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.]

9.12. Kreditaufnahme 2013 Einr.: Oberbürgermeister

1693/13

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 06.11.2013 ungeändert bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0). Mit Drucksache 2280/13 liegt ein Antrag der Verwaltung vor.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Änderungsantrages der Verwaltung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 42 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den in der Haushaltssatzung 2013 genehmigten Kredit in Höhe von 10,0 Mio. EUR aufzunehmen.

02

Der Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird nach Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.

9.12.1. Antrag der Verwaltung zur DS 1693/13 - Kreditaufnahme 2280/13 2013

bestätigt

9.13. Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur 1755/13 Kinder- und Jugendförderung 2013 in den Erfurter Sportvereinen

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, gab das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport aus seiner Sitzung am 13.11.2013 bekannt: bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1).

Danach teilte Frau Pelke mit, dass sie in der Angelegenheit befangen sei und daher an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 43 Nein O Enthaltung O Befangen 1

01

Der Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. für die Kinder- und Jugendförderung 2013 in den Erfurter Sportvereinen wird laut Anlage beschlossen.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.]

9.14. Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur 1765/13 Übungsleiterförderung 2013 in den Erfurter Sportvereinen

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, gab das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport aus seiner Sitzung am 13.11.2013 bekannt: bestätigt (Ja 6 Nein O Enthaltung O Befangen 1).

Weiterhin teilte Frau Pelke mit, dass sie in der Angelegenheit befangen sei und daher an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 43 Nein O Enthaltung O Befangen 1

Beschluss:

01

Die Förderung der Übungsleiter 2013 in den Erfurter Sportvereinen wird laut Anlage beschlossen.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses liegt der Niederschrift als Anlage 5 bei.]

9.15. Flächen für Grasmahd und Heugewinnung 1769/13 Einr.: Fraktion Freie Wähler

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache lag allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor, so die Stadtratsvorsitzende.

Mit Drucksache 2184/13 lag ein Antrag der Fraktion CDU vor. Die hierzu ergangene Stellungnahme der Verwaltung lag allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 23.10.2013 erfolgte nur eine Abstimmung über die Drucksache1769/13 wie folgt: bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt votierte in seiner Sitzung am 12.11.2013 nur den Antrag der Fraktion CDU Drucksache 2184/13 und bestätigte diese bei Ja 5, Nein 2, Enthaltung 4, Befangen 0, so die Stadtratsvorsitzende.

Wortmeldungen gab es wie folgt:

- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, äußerte sich zu den in den letzten Jahren erfolgten Versieglungen von Flächen, z. B. in den Gewerbegebieten ILZ und GVZ und gab einen historischen Abriss zur Entstehung der Drucksache. Mit dem vorgeschlagenen Prozedere würden der Stadt keine weiteren Kosten entstehen, der Verwaltungsaufwand ist ähnlich wie heute. Er gab Erläuterungen zur Abstimmung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Danach wurde von seiner Fraktion der Antrag der CDU 1:1 übernommen, Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache (1769/13) bleibt bestehen, Beschlusspunkt 02 wird aus der Drucksache 2184/13 der CDU-Fraktion übernommen, Beschlusspunkt 03 der ursprünglich eingereichten Drucksache wird gestrichen und aus Beschlusspunkt 04 wird der neue Beschlusspunkt 03 entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion. Dies fand im Ausschuss die Mehrheit. Als einreichende Fraktion stimmen die Freie Wähler der Übernahme des Antrages der CDU zu.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte im Namen seiner Fraktion die Unterstützung der Anträge der Freien Wähler und der CDU mit. Er erlaubte sich jedoch den Hinweis, dass die Pflege durch Dritte weit über Grasmahd und Heugewinnung hinaus geht. Bereits mit einem entsprechenden Stadtratsbeschluss² wurde die Möglichkeit geschaffen, Patenschaftsverträge für Baumscheiben und Grünflächen abzuschließen. Er rief die Bürger auf, sich an die Stadtverwaltung hier speziell an das Garten- und Friedhofsamt zu wenden und sprach die Bitte an das Garten- und Friedhofsamt aus, die Möglichkeiten auch zu bewerben. Langfristig könnten so Kosten eingespart und die Stadt kann schöner werden. Hierzu verwies er auf das Projekt "Interkultureller Garten".

Da von der einreichenden Fraktion der Antrag der CDU-Fraktion übernommen wurde, rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache 1769/13 in Fassung des Änderungsantrages der Fraktion CDU (Drucksache 2184/13) zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu ermitteln, welche stadteigenen Grünflächen der Ämter 23, 31, 66 und 67 sich für die Mahd von Grünfutter oder zur Heugewinnung eignen.

² Anm.: Beschluss zur Drucksache 0321/10.

02

Die geeigneten Grünflächen werden in angemessener Form im Amtsblatt veröffentlicht.

03

Der Oberbürgermeister berichtet dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben über die Vergabe von Grünflächen und über die finanziellen Konsequenzen daraus.

9.15.1. Antrag der Fraktion CDU zur DS 1769/13 - Flächen für 2184/13 Grasmahd und Heugewinnung

bestätigt

9.16. Standortprüfung für die Errichtung eines Reisemobilha- 1781/13

fens in Erfurt

Einr.: Fraktion CDU

Siehe TOP 3.

Verwiesen in Ausschuss

9.17. Flächenentsiegelung im Stadtgebiet 1782/13

Einr.: Fraktion SPD

Siehe TOP 3.

vertagt

9.17.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1782/13 - Flä- 2309/13

chenentsiegelung im Stadtgebiet

vertagt

9.18. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von 1845/13

Grundstücken

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ortsteilrat Möbisburg-Rhoda in seiner Sitzung am 04.11.2013 die Drucksache bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0). In seiner Sitzung am 05.11.2013 bestätigte der Ortsteilrat Bischleben-Stedten die Drucksache ebenfalls (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0). Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte in der Sitzung am 06.11.2013 einstimmig mit Ja 11, Nein 0, Enthaltung 0, Befangen 0.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung der in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke mindestens zum Verkehrswert nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung und erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung der Kaufpreise und der Investitionen für diese Grundstücke. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung von Erbbaurechten mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die im Beschlusspunkt 01 genannten Festlegungen umzusetzen.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.]

9.19. Stellungnahme der Landeshauptstadt Erfurt zum 2. Ent- 1898/13 wurf des Landesentwicklungsprogramms 2025
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache am 12.11.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Wortmeldung gab es wie folgt:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Bedeutung des Landesentwicklungsprogramms anhand des Beispiels des Vorhabens der Fa. 50Hertz zum Bau einer 500 KV Gleichstromtrasse. Ob diese Maßnahmen umgesetzt werden sei u. a. auch davon abhängig, was in den Regionalen Entwicklungsprogrammen und den Regionalen Raumordnungsplänen des Landes steht. Er hob die Bedeutung dieser überregionalen Planung hervor. Weiterhin ging er auf den Leitbegriff "Kulturlandschaft Thüringen" ein. Die Auflistung der Kulturerbestandorte wie in der Stellungnahme der Verwaltung geschrieben sollte zwar erweitert werden. Die Alte Synagoge erfüllt aber seiner Meinung nach nicht die Voraussetzungen "die das Landschaftsbild prägen" und sollte im Gegensatz zum Dom und St. Severin nicht mit aufgeführt werden. Auch seien die Bemerkungen zu den Schülerzahlen im Landesentwicklungsprogramm schlicht falsch. Da in der Fraktion CDU zu der Stellungnahme keine einheitliche Auffassung vertreten wird, wird sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.
- Dr. Warweg, Fraktion SPD, äußerte sich auch zu der Auflistung der Kulturerbestandorte.
 Zum einen würden im Landesentwicklungsprogramm Landschaftsteile aufgeführt, aber

- auch willkürlich Gebäude benannt. Ein Zusammenhang sei nicht erkennbar. Seiner Ansicht nach gehörten sowohl das ega-Gelände als auch der Petersberg mit aufgeführt. Letztlich wird er der Stellungnahme der Verwaltung zustimmen, da diese Punkt für Punkt berechtigt ist.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte, mit, dass seine Fraktion die vorliegende Stellungnahme sehr klug, sehr überlegt und sehr unterstützenswert hält. Er ging auch auf die Thematik "Kulturlandschaft" ein. Die Präambel des Landesentwicklungsprogramms stellt aber vor allem auf den Klimawandel und die Notwendigkeit der Veränderung und der vorausschauenden Anpassung ab. Daher wäre es seiner Ansicht nach klug gewesen, den Nachhaltigkeitsgedanken als programmatische Grundlage zu nehmen und die Kulturlandschaft darunter zu subsumieren. Eine vorausschauende Anpassung wäre klüger gewesen als der Erhalt des Bestehenden, so Herr Prof. Dr. Thumfart. Daher wird die Stellungnahme der Stadt in diesem Punkt ausdrücklich unterstützt. Er nannte folgende weitere Punkte, die er für erwähnenswert hält: Die Nachhaltigkeitsbildung wird erwähnt. Er sieht es als richtig an, zu lernen mit Problemen, die auf Gesellschaft zukommen, besser umzugehen und vorbereitet zu sein. Zur Thematik Flughafen teilte er mit, dass nach seiner Ansicht die Aussage zum Flughafen so zu deuten ist, dass eine weitere Betreibung des Flughafens, geschweige denn eine Erweiterung um eine zweite Landebahn, überlegenswert sei, wenn mit dem ICE zukünftig in 25 bis 28 Minuten der Flughafen Halle-Leipzig erreicht werden kann. Die Ausführungen zu den Logistikzentren in ganz Thüringen: sind interessant. Jedoch bei der Auswahl von Standorten in Erfurt sollte zukünftig auch mehr Wert auf Qualität statt auf Quantität gelegt werden. Er warb um Zustimmung zur Drucksa-
- Herr Phlak, Fraktion DIE LINKE., stimmt der Aussage von Herrn Dr. Warweg zu, dass es sich bei dem Landesentwicklungsprogramm weniger um eine strategische Planung als um eine Aufzählung von einzelnen Maßnahme handelt. Seiner Ansicht nach hätte die Stellungnahme noch "mutiger" sein sollen. Dennoch wird seine Fraktion der Drucksache zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 34 Nein 2 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Stellungnahme der Landeshauptstadt Erfurt zum 2.Entwurf des Landesentwicklungsprogramms 2025 gemäß Anlage 1.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellungnahme gemäß Anlage 1 an das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr nach Beschlussfassung durch den Stadtrat zu übermitteln.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.]

9.20. 2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haus- 1956/13 halt 2013

Einr.: Oberbürgermeister

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat in der Sitzung am 06.11.2013 die Drucksache bestätigt (Ja 11 Nein O Enthaltung O Befangen O), so die Stadtratsvorsitzende.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende direkt über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 33 Nein O Enthaltung 11 Befangen O

Beschluss:

Der über-/außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.]

9.21. Juryverfahren Multifunktionsarena Einr.: Oberbürgermeister

1959/13

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 06.11.2013 mit Änderungen bestätigt hat (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0). Bei den Änderungen handelt es sich um Änderungen/Ergänzung im Beschlusspunkte 03 und Hinzufügung eines neuen Beschlusspunktes 04 wie folgt (Anm.: Änderungen/Ergänzungen durch Fettdruck bzw. Streichung hervorgehoben):

Beschlusspunkt 03 (geändert):

Aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Bau- und Verkehrsausschuss, und dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung, dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und dem Ausschuss für Bildung und Sport wird jeweils ein Stadtratsmitglied als nicht stimmberechtigtes Mitglied in die Jury entsandt.

Beschlusspunkt 04 (neu)

Die Vergabeentscheidung trifft der Stadtrat.

Weiterhin teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass der Bau- und Verkehrsausschuss in der Sitzung am 07.11.2013 die Drucksache ebenfalls mit Änderungen bestätigte bei Ja 5, Nein 1, Enthaltung 3, und Befangen 0. Die Änderungen bezogen sich auf die Hinzufügung des Beschlusspunktes 04 wie folgt:

Beschlusspunkt 04 (neu)

Die Vergabeentscheidung trifft der Stadtrat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte am 12.11.2013 die Drucksache ohne Änderungen (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) und der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen bestätigte am 14.11.2013 wiederum mit Änderungen (Ja 5 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0) wie folgt:

Beschlusspunkt 04 (neu)

Die Vergabeentscheidung trifft der Stadtrat.

so die Stadtratsvorsitzende.

Es gab Folgende Wortmeldungen zur Drucksache:

- Herr Vothknecht, Fraktion CDU, fragte, ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben (FLRV) abgelehnten Drucksache 1949/13 und der hier vorliegenden Drucksache besteht.
- Der Oberbürgermeister teilt mit, dass ein unmittelbarer Zusammenhang nicht besteht und kündigte für die Sitzung des Ausschusses FLRV am 04.12.2013 eine neue Drucksache in der Angelegenheit an.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, äußerte sich zur Notwendigkeit der Erweiterung der Jury. Er bat jedoch darum, dass die Personen, die letztlich in die Jury entsandt werden auch die nötige Zeit mitbringen, um das Verfahren begleiten zu können und empfahl ihnen, sich alle Unterlagen vorlegen zu lassen und diese auch durchzuarbeiten, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können. Er äußerte eine Bitte an die Verwaltung, zu prüfen, ob nicht mit den Jury-Mitgliedern ein Besuch im Stadion in Mainz organisiert werden könnte. Es sei neben dem Bau der Arena auch noch die Problematik der Betreibung zu klären. Um den Jury-Mitglieder möglichst viele Information zukommen zu lassen, empfiehlt sich aus seiner Sicht eine Fahrt zur Partnerstadt Mainz, um sich das Stadion und die Art der Betreibung vor Ort anschauen zu können.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, fragte nach, wie hoch die Baukosten nach heutigem Stand sein werden. Seiner Ansicht nach sollte die Schätzung auch berücksichtigen, wenn aus Gründen des Lärmschutzes möglicherweise ein Dach aufgesetzt werden muss. Weiterhin sieht er als Risiko nach wie vor die zukünftig durch den städtischen Fußballverein FC Rot-Weiß-Erfurt e. V. zu zahlende höhere Pacht.
- Der Oberbürgermeister verwies auf das stark sanierungsbedürftige Stadion welches in der Betreibung bereits heute einen Zuschuss von jährlich ca. 1,4 Mio. EUR aus dem städtischen Haushalt benötigt. Ferner verwies er auf die Beschlusslage des Stadtrates. Danach wurde eine Deckelung des städtischen Anteils an den Gesamtkosten beschlossen. Sollten die Baukosten steigen, sind gegebenenfalls bestimmte Maßnahmen nicht umsetzbar. Er verwies auf andere Baumaßnahmen in der Stadt, bei denen die prognostizierten Baukosten in den letzten Jahren stets eingehalten bzw. teilweise unterschritten wurden.
- Herr Schwäblein äußerte weiterhin Zweifel an der finanziellen Untersetzung insbesondere des Baus und der Betreibung der Anlage.

- Der Oberbürgermeister verwies darauf, dass für eine Sanierung auf jeden Fall ein zweistelliger Millionen-Betrag erforderlich sei, der derzeit im Haushalt der Stadt nicht darstellbar ist. Damit sei der Eigenanteil von 5,8 Mio. EUR die deutlich bessere Option. Außerdem verwies er auf weitere Veranstaltungen, die in der Arena stattfinden sollen, nicht nur reiner Fußball.
- Die Stadtratsvorsitzende verwies darauf, zur Sache zu sprechen.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, verwies auf die Beschlusslage, durch die bereits mehrfach ein klares Bekenntnis zur Arena und zum Fußball des FC Rot-Weiß Erfurt e. V. kundgetan wurde. Die Notwendigkeit einer multifunktionalen Arena stellt er nicht in Frage. Kritik am Juryverfahren äußerte er dahingehend, dass jedes weitere Verzögern des Verfahrens seiner Ansicht nach zu viel Zeit und gegebenenfalls auch Geld kosten wird. Etwas mehr Schnelligkeit bei der Realisierung des Bauvorhabens die jedoch nicht vor Gründlichkeit gehen sollte sei erforderlich, um die Baukosten nicht unnötig in die Höhe zu treiben.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf das bisherige Verfahren und die Anforderungen an die einzusetzende Jury. Die Aufgabe der Jury wird es sein, die eingehenden Bewerbungen hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien zu prüfen. Erst wurde die Erweiterung der nicht stimmberechtigten Mitglieder der Jury um je ein Mitglied aus dem Ausschuss FLRV sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport durch seine Fraktion kritisch gesehen. Mittlerweile befürwortet er jedoch diese Erweiterung, da erwartet wird, mit einer größeren Jury auch ein besseres Ergebnis zu erhalten, da kritischer nachgefragt und eine belastbarere Entscheidung getroffen wird. Er gab seine positiven Erfahrungen durch die Jury im Verfahren "Hirschgarten" zur Kenntnis.
- Herr Schwäblein erneuerte seine Bedenken und nannte als Risiken die Nebenbestimmungen des Fördermittelbescheides (Zweckbindefrist mehr als 25 Jahre, Besucher der Arena zu über 50 % durch Touristen, Definition "Tourist"). Er lehnt das gesamte Vorhaben ab, da er das Risiko für die Stadt als zu hoch ansieht. Eine Sanierung des Stadions sei zwar erforderlich, jedoch stimmt seiner Ansicht nach die Finanzierungsart nicht, da keine weitere Veranstaltungsfläche gebraucht wird. Er verwies auf das Vorhaben ICE-City und sieht die Multifunktionsarena als Konkurrenz hierzu.
- Herr Metz, Fraktion SPD, forderte Herrn Schwäblein auf, einen entsprechenden Antrag im Stadtrat zu stellen mit dem Ziel, dass Verfahren zur Errichtung einer Multifunktionsarena einzustellen. Weiterhin verwies er darauf, dass mit dem Bau der Arena auch eine moderne Leichtathletik-Arena geschaffen wird, mit der auch die Basis für nationale und internationale Leichtathletik-Wettkämpfe geschaffen wird.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, fragte Herrn Metz, warum die SPD-Fraktion seinen Antrag auf Erweiterung der Jury um einen Vertreter des Thüringer Leichtathletikverbandes abgelehnt hat.
- Herr Metz erwiderte, dass seiner Meinung nach die Interessen der Leichtathletik durch den Vertreter des Olympiastützpunkt kompetent vertreten werden.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, teilte mit, dass ihre Fraktion konsequent gegen den Bau der Multifunktionsarena sei. Vielmehr würde ihre Fraktion für die Sanierung des Fußballstadions eintreten. Ihre Fraktion wird der Drucksache nicht zustimmen, da die Juryauswahl eng mit dem gesamten Verfahren verbunden ist. Ihre Fraktion befürchtet, dass die Anforderungen an die Förderung nicht erfüllt werden können und dann auf die Stadt Rückforderungen zukommen.

- Der Oberbürgermeister sicherte zu, dass alles getan wird, damit es keine Rückforderungen des Fördermittelgebers gibt. Es sei finanziell nicht darstellbar, eine Sanierung bzw. Neubau des Steigerwaldstadions aus dem Haushalt der Stadt zu finanzieren, insbesondere wenn die Forderung besteht, die Gewerbesteuer und Grundsteuer zu senken. Weiterhin betonte zur Frage der Haftung, dass keiner im Stadtrat oder derjenigen, die für die Multifunktionsarena sind, die Landeshauptstadt Erfurt in finanzielle Schwierigkeiten bringen möchten. Jeder habe das Ziel, die Stadt Erfurt noch etwas voranzubringen, attraktiver zu machen und gegebenenfalls noch mehr Bürger und Firmen herzuholen. Des Weiteren verwies er auf die Förderpraxis des Freistaates in den 1990er Jahren in Bezug auf die Spaßbäder.
- Herr Schwäblein stellte eine Nachfrage zu den aufgeworfenen Zahlen bezüglich des Eigenanteils bei der Förderung bzw. der Kosten der Sanierung.
- Der Oberbürgermeister verwies auf die Beschlusslage des Stadtrates, mit dem Freistaat in Verhandlungen zu gehen, um eine Sanierung oder ein Neubau des Steigerwaldstadions mit einem Eigenanteil der Stadt von max. 8 Mio. EUR zu erreichen. Mit der vorgesehenen Maßnahme sei der Eigenanteil bei 5,8 Mio. EUR. Er betonte jedoch, dass hierzu gewisse Rahmenbedingungen eingehalten werden müssten. Dies sei jedoch bei anderen Fördermitteln, die in den letzen 20 Jahren gewährt wurden, auch der Fall gewesen. Eine Vollfinanzierung aus städtischen Mitteln ist nach Ansicht des Oberbürgermeisters in den nächsten Jahren nicht finanzierbar.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass die Stadtratsvorsitzende die Drucksache 1959/13 in Fassung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben zur Abstimmung aufrief.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 11 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat legt die Auswahl des Totalübernehmers für die Errichtung der multifunktionalen polyvalenten Veranstaltungsstätte durch Komplexmodernisierung des Steigerwaldstadions durch ein Juryverfahren gemäß Anlage 1 fest.

02

Die Entscheidung über den Ausschluss der Bieter aufgrund der Jurybewertungen wird von einem Entscheidungsgremium gemäß Anlage 1 getroffen.

03

Aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Bau- und Verkehrsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung, dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und dem Ausschuss für Bildung und Sport wird jeweils ein Stadtratsmitglied als nicht stimmberechtigtes Mitglied in die Jury entsandt.

04

Die Vergabeentscheidung trifft der Stadtrat.

[Red. Anmerkungen: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.]

9.22. Neubesetzung und Stellvertretung in den Ausschüssen 1990/13 Einr.: Fraktion SPD

Die Drucksache war ohne Vorberatung, teilte die Stadtratsvorsitzende mit. Da hierzu keine Wortmeldungen vorlagen, ließ sie direkt über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 42 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

Beschluss:

01

Mitglied im Ausschuss Bildung und Sport wird:

Alt: Beate Weiser

Neu: Dr. Verona Faber-Steinfeld

02

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird:

Alt: Dr. Verona Faber-Steinfeld

Neu: Beate Weiser

03

Die Stellvertretungen werden gemäß Anlage 1 beschlossen.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.]

9.23. Abberufung und Bestellung der Aufsichtsräte SWE 1993/13 Stadtwirtschaft GmbH und SWE Netz GmbH Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Drucksache bisher nicht vorberaten wurde und stellte, da keine Wortmeldungen vorlagen, die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 42 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

01

Herr Gerhard Schilder wird mit dem Datum des Stadtratsbeschlusses als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwirtschaft GmbH und als Mitglied der SWE Netz GmbH abberufen.

02

Als neues Aufsichtsratsmitglied der SWE Stadtwirtschaft GmbH wird mit dem Datum des Stadtratsbeschlusses Frau Birgit Schuster bestellt.

03

In den Aufsichtsrat der SWE Netz GmbH wird durch den Stadtrat Frau Dr. Verona Faber-Steinfeld mit dem Datum des Stadtratsbeschlusses entsandt.

9.24. Mandatswechsel im Jugendhilfeausschuss

2083/13

Einr.: Fraktion CDU

Die Wahl fand direkt vor der Pause und nach der Behandlung des TOP 9.7 statt.

Nach der Pause gab der Stadtratsreferent das Wahlergebnis wie folgt bekannt:

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder	51
des Erfurter Stadtrates:	
davon anwesend:	39
abgegebene Stimmen:	39
erforderliche Mehrheit:	20
Stimmen für Frau Carmen Frey:	

Damit wurde Carmen Frey gewählt.

Beschluss:

Als 2. stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für Michael Panse wird

Carmen Frey

gewählt.

9.25. Evangelischer Schulstandort - Lutherschule Einr.: Fraktion CDU

2086/13

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Drucksache noch nicht vorberaten wurden und die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorlag.

Weiterhin lag mit Drucksache 2320/13 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Die Fraktionen SPD und DIE LINKE. kündigten im Vorfeld an, die Drucksache noch einmal in den Ausschuss für Bildung und Sport verweisen zu wollen.

Es gab folgende Wortmeldungen:

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, teilte mit, dass die von der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland vorgelegte Konzeptüberlegung die Grundlage für den eingereichten Antrag darstellt. Er wünschte sich nach einer Diskussion im Fachausschuss eine Beschlussfassung im Rahmen der Entscheidung über die Schulnetzplanung. Er führte aus, das steigende Anmeldezahlen für Schulen insbesondere bei diesem freien Träger zu verzeichnen seien. Die drei Schulformen evangelische Grundschule, evangelische Regelschule und das evangelische Ratsgymnasium sind Schulformen, die sich einer steigenden Beliebtheit erfreuen. Die Angebote der freien Träger sei ein wichtiger Bestandteil der Wahlfreiheit für die Bildungsbiografie der Kinder. Die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache ist aus seiner Sicht nicht neu (Verweis auf Anfragen von Stadtratsmitgliedern). Es wurden jedoch gute Argumente für den geplanten Schulstandort unter Trägerschaft der ev. Schulstiftung vorgelegt. Er verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Danach sei "durch die Gründung einer evangelischen Regelschule am Standort des Evangelischen Ratsgymnasiums ... eine prekäre Raumsituation entstanden ..., die nicht vom kommunalen Schulträger zu verantworten sei". Nach seiner Ansicht verschärft sich jedoch die Situation, wenn der Stadtrat an dieser Stelle nicht reagiert bzw. handelt und beispielsweise zusätzliche weitere Räume zur Verfügung gestellt bzw. Alternativen aufzeigt werden. Weiterhin wird in der Stellungnahme der Verwaltung mitgeteilt, so Herr Panse, dass aus Sicht des Fachamtes am Schulstandort Karlstraße 10b andere Pläne vorgesehen sind und ein mit dem Staatlichen Schulamt abgestimmte Konzeptidee verfolgt wird. Laut seinen Recherchen ist dem Thüringer Kultusministerium diese Konzeptidee nicht bekannt. Auch sei ihm als Mitglied im Ausschuss für Bildung und Sport dieses Konzept nicht bekannt. Wie eine Umsetzung zum Schulstart September 2014 erfolgen sollte, fragte er. Er sieht den Stadtrat gefordert, jetzt zu einer zügigen Entscheidung zu kommen. Unter Verweis auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies Herr Panse auf zwei im Sinne von dem Antrag seiner Fraktion gegensätzliche Punkte und hofft auf einen Konsens im Rahmen der Diskussion im Fachausschuss:

- Lutherschule oder Alternative anbieten; mit Verweis auf die Anfrage von Herrn Kanngießer zu der Angelegenheit³ teilte die Verwaltung mit, keinen alternativen Standort anbieten zu können
- Berücksichtigung "der Schulen der Schulstiftung der EKM im Schulnetzplan … 2014

 2018": Hier sollte lediglich der Bezug auf die neue Schule genommen werden, da
 die bisherigen Schulen der evangelischen Schulstiftung bereits im Schulnetzplan
 berücksichtigt wurden.

Er hofft auf eine offene Diskussion in Ausschuss und eine zeitnahe Entscheidung unter Berücksichtigung dieser Gemeinschaftsschule in Trägerschaft der Schulstiftung am genannten Standort, was offenbar die Stadt auch in der Kürze der Zeit nicht erreichen kann.

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dankte der CDU-Fraktion für den eingebrachten Antrag. Auch seiner Fraktion sei es ein Anliegen, dass die evangelische Regelschule einen neuen Standort und neue Entwicklungsmöglichkeiten hin zur Gemeinschaftsschule bekommt. Die Fraktion befürwortet die Möglichkeit der Schaffung von Konfessionsverschiedenen Schulen und sieht im vorgelegten Konzept eine Bereicherung für die Schullandschaft in Erfurt. Hinsichtlich der beiden Anträge sieht er die Möglichkeit der Konsensfindung als gegeben begründete jedoch die Wortwahl im Antrag seiner Fraktion als Öffnungsmöglichkeit für eine Entscheidung zu einem Standort. Seine Fraktion sieht die "Lutherschule" prinzipiell als geeignet an. Die von der Stiftung vorgeschlagene Mietvariante berücksichtige auch die Interessen der Stadt. Letztlich wünscht er sich eine Einbindung auch in den Schulnetzplan und spricht sich für eine Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport aus.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., ging auf die öffentliche Anhörung im Ausschuss für Bildung und Sport zum Schulnetzplan zwei Wochen vor der Stadtratssitzung ein. Dort wurden alle staatliche Schulen angehört. In den letzten Jahren wurden viele Schulkonzepte entwickelt. Die räumlichen Bedingungen konnten nicht immer mithalten, wofür u. a. die finanziellen Mittel verantwortlich waren. Hinsichtlich des konkreten Standortes liegt nun ein Konkurrenzsituation bezüglich der Schaffung einer Gemeinschaftsschule vor. Ein anderer Standort sei vielleicht günstiger. Sie hofft auf das Finden eines Kompromisses im Fachausschuss. Nach Möglichkeit sollten alle guten Konzepte berücksichtigen werden. Sie verwies auf den ebenfalls vorhandenen Erweiterungsbedarfe der Waldorfschule und der Schulen in Süd-Ost. Letztlich könnte man nicht allen Wünschen gerecht werden.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, untestützt die Initiative der freien Träger, da diese auch für eine breit aufgestellte und bunte Schullandschaft sorgen würden. Ziel sei frührer gewesen, den Bildungscampus "Meister-Eckehart" mit dem Objekt der Musikschule zu schaffen. Die nun vorgeschlagene sei die zweitbeste Lösung. Die Angelegenheit gehöre im Rahmen der Diskussion über den Schulnetzplan diskutiert. Seiner Ansicht nach soll das Konzept mit Umsicht geprüft und versucht werden, es zu realisieren.
- Herr Panse betonte noch einmal das Antragsrecht jeder Fraktion, insbesondere, wenn ein Handlungsdruck gesehen wird und von der Verwaltung ein entsprechender Antrag nicht zu erwarten sei. Er verwies auf die gestellte Anfrage von Herrn Kanngießer. Herr Panse wünscht sich einen fraktionsübergreifenden Konsens in der Angelegenheit.

³ Vgl. Drucksache 1871/13 - Dringliche Anfrage - Zwei Schulen unter einem Dach am Standort Lutherschule Erfurt; Stand der Gespräche mit der Evang. Schulstiftung

- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, teilte mit, dass ihre Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion unterstützt. Das vorgelegte Konzept und Standort seien gut. Sie wünscht sich eine enge Zusammenarbeit mit dem Förderzentrum und sieht in dem Projekt eine Bereicherung der Schullandschaft. Die Bedarfslücke sei offenbar. Der Antrag solle sorgfältig geprüft werden. Die Fraktion wird der Überweisung zustimmen.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, verwies darauf, dass es sich bei dem eingereichen Papier nicht um ein "Konzept", sondern lediglich um eine "Konzeptidee" handele. Das Thüringer Kultusministerium entscheide letztlich über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule unter der Voraussetzung, dass die jeweiligen Schulkonferenzen zustimmen und dann der Antrag über das Staatliche Schulamt dem Ministerium zur Entscheidung vorgelegt wird. Sie gab die Problematik der Schulwege zu bedenken, die bei der Schulnetzplanung auch berücksichtigt werden müsse. Sollte ein Konzept bestätigt sein, stehe die Stadtverwaltung zur Verfügung. Sie verwies jedoch auf den staatlichen Bildungsauftrag. Danach müssen auch Angebote vorgehalten werden für Schüler, die keinen freien Träger bevorzugen würden. Auch andere Schulen wollen den Weg zur Gemeinschafsschule gehen. Dies sollte beachtet und im Ausschuss diskutiert werden.

Da nun keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über den Antrag auf Verweisung der Drucksache 2086/13, einschließlich dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2320/13), in den Ausschuss für Bildung und Sport abstimmen.

Nach der Abstimmung gab Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, eine persönliche Erklärung ab. Die Gegenrede hierzu hielt Herr Panse.

Verwiesen in Ausschuss

9.25.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2320/13 zur DS 2086/13 - Evangelischer Schulstandort - Lutherschule

Verwiesen in Ausschuss

9.26. Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Aus- 2097/13 schüssen

Einr.: Fraktion CDU

Die Drucksache war ohne Vorberatung und wurde, da keine Wortmeldungen vorlagen, sofort durch die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Die Neuregelung der Ausschussbesetzung gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

[Red. Anmerkung: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 11 beigefügt.]

9.27. Neubenennung eines Aufsichtsratsmitgliedes für SWE 2099/13

Bäder GmbH

Einr.: Fraktion CDU

Die Drucksache war ohne Vorberatung und wurde, da keine Wortmeldungen vorlagen, sofort durch die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

In den Aufsichtsrat der SWE Bäder GmbH wird

Uwe Richter

mit Datum des Stadtratsbeschlusses entsandt.

9.28. Neubenennung eines Aufsichtsratsmitgliedes Kaisersaal 2100/13 Erfurt GmbH

Einr.: Fraktion CDU

Die Drucksache war ohne Vorberatung und wurde, da keine Wortmeldungen vorlagen, sofort durch die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

In den Aufsichtsrat der Kaisersaal Erfurt GmbH wird

Uwe Richter

mit Datum des Stadtratsbeschlusses entsandt.

9.29. Bestellung eines Stiftungsratsmitgliedes der Stiftung 2101/13

Deutsches Gartenbaumuseum

Einr.: Fraktion CDU

Die Drucksache war ohne Vorberatung und wurde, da keine Wortmeldungen vorlagen, sofort durch die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 44 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

In den Stiftungsrat der Stiftung Deutsches Gartenbaumuseum wird als stellvertretendes Mitglied gemäß § 9 Abs. 1der Satzung

Jörg Kallenbach

entsandt.

9.30. Schenkungsvertrag Renau-Mosaik

2143/13

Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe TOP 3.

vertagt

9.31. Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüs- 2181/13

sen

Einr.: Fraktion SPD

Die Drucksache war ohne Vorberatung. Mit Drucksache 2313/13 lag ein Antrag der Fraktion SPD vor.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, wurde die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (DS 2313/13) sofort durch die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 42 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

01

Als sachkundige Bürgerin im Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird Frau Anke Brauer benannt.

02

Als sachkundige Bürgerin im Ausschuss Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile wird Frau Birgit Happ benannt.

9.31.1. Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2181/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen

bestätigt

9.32. Freier Eintritt für Gästeführer 2188/13

Einr.: Fraktion Freie Wähler, Fraktion CDU

Siehe TOP 3.

vertagt

9.33. Wahl Stellvertreter(-in) für den Jugendhilfeausschuss für 2195/13 die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Wahl fand direkt vor der Pause und nach der Behandlung des TOP 9.7 statt.

Nach der Pause gab der Stadtratsreferent das Wahlergebnis wie folgt bekannt:

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Er-	51
furter Stadtrates:	
davon anwesend:	39
abgegebene Stimmen:	
erforderliche Mehrheit:	20
Stimmen für Herrn Matthias Sengewald:	31
Stimmen für Frau Maria-Theresa Meißner:	33

Damit wurden Herr Matthias Sengewald und Frau Maria-Theresa Meißner gewählt.

01

Für Jens Adolphs werden als Stellvertreter bzw. Stellvertreterin in den Jugendhilfeausschuss gewählt:

- 1. Stellvertreter(in) Matthias Sengewald
- 2. Stellvertreter(in) Maria-Theresa Meißner.

9.34. Besuch bei der Bundeswehr Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2198/13

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache allen Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorlagen. Die Drucksache wurde noch nicht vorberaten.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vor.

Es gab folgende Wortmeldungen:

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN, legte die Hintergründe, die zum Einreichen der Drucksache geführt haben, dar. Er zitierte aus der Stellungnahme der Verwaltung. Er sei bestrebt, ein offensichtliches Missverständnis aufzuklären. Daher solle dieser Prüfauftrag erfolgen. Er schlug ferner einen Vor-Ort-Termin vor.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies auf eine Festlegung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt⁴, mit der genau das erreicht werden soll, was mit diesem Antrag bezweckt wird. Er empfahl die vorliegende Drucksache mit der Festlegung aus dem Ausschuss gemeinsam zu beraten.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, verwies auf die Beratung im Ausschuss. Er wird weder der Verweisung noch der Drucksache selbst zustimmen und behält sich die Entscheidung, ob er zu einem Vor-Ort-Termin kommt, selbst vor.
- Herr Kanngießer, ergänzte nochmals zu den Beweggründen für die Antragstellung.
- Der Oberbürgermeister teilte mit, dass bereits über den Bürgerbeauftragten der Landeshauptstadt Erfurt Kontakt mit der Liegenschaftsverwaltung der Bundeswehr aufgenommen wurden. Hierzu liegt jedoch noch keine Antwort vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abstimmen.

Verwiesen in Ausschuss

⁴ Anm.: Vgl. Drucksache 2208/13 - Festlegung aus der öff. Sitzung des StU vom 12.11.2013 zum TOP 4.1 Sachstand zum Wanderweg zwischen Schöntal (Schäferei) und Willrodaer Forst

10. Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

Die Stadtratsvorsitzende bedankte sich im Namen der Mitglieder des Stadtrates bei den heute erstmals zum Einsatz gekommenen Gebärdendolmetschern.

Der öffentliche Teil der Stadtratssitzung wurde beendet und die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Pelke Stadtratsvorsitzende gez. Schriftführer